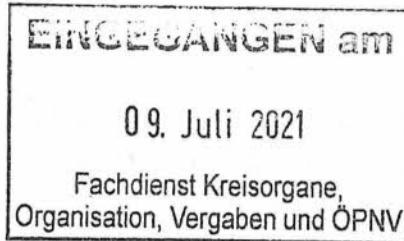


BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN · Wildunger Landstraße 1 · 34497 Korbach

An den Vorsitzenden  
des Kreistages Waldeck - Frankenberg  
Herrn Rainer Hesse  
-Kreistagsbüro-  
Südring 2  
34497 Korbach



**Kreistagsfraktion  
Waldeck-Frankenberg**

**Daniel May, MdL  
Fraktionsvorsitzender**

Geschäftsstelle  
Wildunger Landstraße 1  
34497 Korbach  
Tel.: +49 (5631) 65 708  
Fax: +49 (5631) 63 23 8  
fraktion@gruene-waldeck-frankenber.de

Korbach, 8. Juli 2021

Antrag von Bündnis 90/Die Grünen betreffend „Klimascheck beim Verwaltungshandeln des Landkreises Waldeck - Frankenberg“  
(nach § 9 Geschäftsordnung Kreistag)

Sehr geehrter Herr Hesse,

wir möchten Sie bitten, den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Kreistags im September zu setzen.

Der Kreistag möge beschließen:

Der Landkreis Waldeck-Frankenberg berücksichtigt ab sofort die Auswirkungen auf das Klima bei jeglichen Entscheidungen und bevorzugt Lösungen, die sich positiv auf Klima-, Umwelt- und Artenschutz auswirken.

Hierzu wird für sämtliche politische Beschlussvorlagen ein Kästchen „Auswirkungen auf den Klima-, Umwelt- oder Artenschutz“ mit den Auswahlmöglichkeiten „Ja, positiv“, „Ja, negativ“ oder „Nein“ verpflichtender Bestandteil. Wird die Frage mit „Ja, negativ“ oder „Ja, positiv“ beantwortet, muss die jeweilige Auswirkung in Zusammenarbeit der Fachabteilung mit dem Klimateam in einer Begründung dargestellt werden.

Begründung:

Unser Planet ist vom Klimawandel, dem Verlust biologischer Vielfalt sowie durch Umweltverschmutzung bedroht. Die Bewahrung der Schöpfung und der Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen für uns und nachkommende Generationen ist und bleibt eine der vordringlichsten Herausforderungen.

Auch die jüngste Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Klimaschutz verpflichtet uns zu schnellen und verstärkten Maßnahmen. Bis spätestens 2045 muss Deutschland klimaneutral sein. Die verbindlichen Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens sind nur noch mit energischem Handeln zu schaffen.

Viele Städte und Gemeinden prüfen ihr Verwaltungshandeln auf Auswirkungen auf den Klimaschutz. Umfangreiche Erfahrungen hierzu liegen vor und können übernommen werden. Das Deutsche Institut für Urbanistik und das Klima-Bündnis bieten Hilfestellungen an. Es hat sich gezeigt, dass etwa 60 % der Entscheidungen ohne Klimarelevanz sind. Relevant sind meist Vorhaben aus den Bereichen Beschaffung, Verkehr und Bau. Der Mehraufwand der Verwaltung bietet bessere Informationen sowohl für die Verwaltung selbst als auch für die Diskussion und Entscheidung in den Gremien, somit fallen fundierte Beschlüsse und der Klimaschutz wird gestärkt.

Bei Anwendung der Orientierungshilfe des Deutschen Städtetages und des Deutschen Instituts für Urbanistik kann die Menge der CO<sub>2</sub>-Emission mit verfügbarer Software berechnet werden. Bei unter 10 Jahrestonnen erfolgt keine weitere Betrachtung. Ansonsten erfolgt durch den Vorlagenersteller eine Prüfung einer klimaschonenderen Umsetzungsalternative oder einer „Nullvariante“, beziehungsweise der Vorschlag einer „Freiwilligen CO<sub>2</sub>-Kompensation“ nach den Empfehlungen des Umweltbundesamtes. Die frühzeitige Rückkopplung der jeweiligen Fachabteilung mit dem Klimateam hat sich als besonders zielführend herausgestellt.

Eine Schulung der Mitarbeiter in den Fachabteilungen und des Klimateams ist ratsam, um die jeweiligen Prüfungsgänge auf Klimarelevanz sachgerecht durchführen zu können. Zu diesen Schulungen könnten auch Kreistagsmitglieder eingeladen werden.

Mit freundlichen Grüßen

  
Daniel May  
(Fraktionsvorsitzender)